Landesamt für Natur, Umwelt und

Verbraucherschutz NRW

Fachbereich 17: Förderung

**40208 Düsseldorf**

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung unter Einsatz von Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen zur Durchführung einer Ressourceneffizienzberatung

Personenbezogene Bezeichnungen im Antrag sowie den dazugehörigen Anlagen beziehen sich in gleicher Weise auf beide Geschlechter.

|  |
| --- |
| **1. Antragstellerin** |
| **1.1 Allgemeines** |
| Name/Bezeichnung |  |
| Anschrift | Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis |
| Zentrale Telefonnummer/Fax |  |
| Vertretungsberechtigte/r | Name/Funktion |
| Handelsregisternummer und zuständiges Amtsgericht(aktueller Auszug ist beizufügen) |  |
| Rechtsform | z.B. GmbH, GmbH & Co. KG, KG, GbR |
|  Steuernummer |  |

|  |
| --- |
| **1.2 Kontaktperson**  |
| Name | Anrede, Vorname, Name |
| E-Mail |  |
| Anschrift[ ]  Wie Antragstellerin | Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis |
| Telefonnummer |  |
| **1.3 Bankverbindung** |
| Kontoinhaberin | Kreditinstitut |
| IBAN | BIC |

|  |
| --- |
| **2. Vorhaben** |
| **2.1 Allgemeines** |
| Bezeichnung |  |
| Durchführungszeitraum | von/bis (Monat/Jahr) |
| Durchführungsort(Adresse, falls von Anschrift unter 1. abweichend) |  |
| **2.2 Themenschwerpunkt** |
| Leistet das Vorhaben einen **Beitrag** zur Entwicklung oder Anwendung von Produkten, Dienstleistungen oder Verfahren mit **höherer Ressourcen- oder Energieeffizienz** bzw. von solchen, die auf **erneuerbaren Energien** basieren? |
| [ ]  ja [ ]  nein  |
| **2.3 Kurzbeschreibung des Vorhabens**(Kann für die Öffentlichkeitsarbeit des Zuwendungsgebers verwendet werden.)**Eine ausführliche Vorhabenbeschreibung erfolgt in der Anlage 5.1.** |
|  |
| **2.4 Notwendigkeit des Vorhabens**u.a. Ziel, Nutzen, Zusammenhang mit anderen Vorhaben, Vorhaben desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren. |
|  |

|  |
| --- |
| **2.5 Notwendigkeit der Förderung des Vorhabens**U.a. Begründung Landesinteresse an dem Vorhaben, Aufführung möglicher Folgekosten für das Land. |
| * + 1. Begründung des Landesinteresses

  |
| * + 1. Alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten wurden geprüft, haben aber

  |
| * + 1. Folgekosten für das Land

  |
| **2.6 Weitere Anmerkungen** (falls von der Antragstellerin für notwendig erachtet) |
|   |

|  |
| --- |
| **3. Finanzierungsplan** |
|  | Gesamt | Zeitpunkt und Höhe der **vrsl. Fälligkeit der Zahlung**durch die Antragstellerin |
| 20 \_\_\_ | 20 \_\_\_ | 20 \_\_\_ | 20 \_\_\_ |
| in EUR |
| 3.1 Gesamtausgaben |  |  |  |  |  |
| 3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähigeAusgaben |  |  |  |  |  |
| 3.3 abzgl. Leistungen Dritter(ohne öffentliche Förderung) |  |  |  |  |  |
| 3.4 zuwendungsfähige Gesamtausgaben(grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben abzgl. Leistungen Dritter) |  |  |  |  |  |
| 3.5 Eigenanteil |  |  |  |  |  |
| 3.6 weitere bewilligte/ beantragte öffentliche Förderung für dieses Vorhaben durch\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |  |  |  |  |  |
| 3.7 beantragte Förderung als Zuschuss(= zuwendungsfähige Gesamtausgaben abzgl. Eigenanteil und – ggf. – weitere bewilligte / beantragte öffentliche Förderung für dieses Vorhaben) |  |  |  |  |  |

|  |
| --- |
| **4. Erklärungen** |
| **Die Antragstellerin erklärt, dass** |
| 4.1 [ ]  sie bis jetzt keine staatlichen Beihilfen erhalten hat, die Gegenstand eines anhängigen Rückforderungsverfahrens der EU-Kommission sind. |
| 4.2 [ ]  die beantragte Zuwendung nicht zur Verlagerung von Produktions- oder Dienstleistungseinrichtungen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat verwendet wird. |
| 4.3 [ ]  gegen sie kein Rückforderungsverfahren aufgrund einer Produktionsverlagerung innerhalb eines Mitgliedstaates oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat anhängig ist bzw. war. |
| 4.4 [ ]  gegen sie aktuell kein Rückforderungsverfahren im Zusammenhang mit einer Landesförderung anhängig ist bzw. in den letzten zwei Jahren kein Rückforderungsverfahren im Zusammenhang mit einer früheren Landesförderung eingeleitet wurde. |
| 4.5 [ ]  mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (vgl. Nr. 1.3 VV/VVG zu § 44 LHO) (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs – oder Leistungsvertrags zu werten). |
| * 1. sie bei der Durchführung des Vorhabens zum Vorsteuerabzug

[ ]  berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer). [ ]  nicht berechtigt ist. |
| * 1. [ ]  der Antragsvordruck nicht verändert wurde und die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
 |
| 4.8 [ ]  alle Erkenntnisse und Ergebnisse, die ihr aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUV verfügbar gemacht werden und sowohl das Land NRW als auch sie selbst zur Verbreitung der Projektergebnisse an die Allgemeinheit berechtigt ist. |
| 4.9 für dieses oder andere Vorhaben (fünf Jahre rückwirkend, maßgeblich ist das Datum der Antragstellung) [ ]  keine weiteren öffentlichen Förderungen beantragt oder bewilligt wurden. [ ]  weitere öffentliche Förderungen beantragt oder bewilligt wurden **(Auflistung in Anlage 5.10).** |
| 4.10 [ ]  sie damit einverstanden ist, dass alle im Zusammenhang mit der Förderung bekannt gewordenen Daten von der Bewilligungsbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle auf Datenträger gespeichert werden. Darüber hinaus dürfen sie von ihnen oder in ihrem Auftrag für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle über die Wirksamkeit des Förderprogramms ausgewertet werden. Ferner erklärt sie sich damit einverstanden, dass die Auswertungsergebnisse veröffentlicht und an den nordrhein-westfälischen Landtag sowie an Einrichtungen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union weitergeleitet werden. |

|  |
| --- |
| **5. Anlagen** |
| **Allgemeine** |
| 5.1 [ ]  Ausführliche Vorhabenbeschreibung |
| 5.2 [ ]  Erfolgskontrolle  |
| 5.3 [ ]  Erklärung zur Antragsberechtigung: kein Unternehmen in Schwierigkeiten  |
| 5.4 [ ]  Bestätigung der Gesamtfinanzierung  |
| 5.5 [ ]  De-minimis-Erklärung |
| 5.6 [ ]  Beratungsangebot und unterschriebener Beratungsvertrag (unter Vorbehalt einer Förderung) |
| 5.7 [ ]  Aktueller Auszug aus dem Handelsregister |
| 5.8 [ ]  Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes |
| **Soweit zutreffend** |
| 5.9 [ ]  Vertretungsvollmacht |
| 5.10 [ ]  Übersicht über weitere öffentliche Förderungen der letzten 5 Jahre |

|  |
| --- |
| **6. Erklärung zur Richtigkeit und Vollständigkeit sowie zur Subventionserheblichkeit** |
| **Die Angaben in diesem Antrag einschließlich aller Anlagen sind vollständig und richtig. Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei der beantragten Zuwendung um eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) handelt und die nachfolgend aufgeführten Angaben subventionserhebliche Tatsachen gemäß § 1 Landessubventionsgesetz vom 24.03.1977, § 2 Subventionsgesetz in der jeweils gültigen Fassung sind.**Im Einzelnen sind für die Bewilligung und Gewährung der Zuwendung folgende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB:* Angaben zur Antragstellerin (Name, Sitz, Branche, Geschäftsbetrieb, Produktionsstätte, Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz, Jahresbilanzsumme, Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftliche Verhältnisse)
* Angaben zum Vorhaben (z.B. Durchführungsort, Beginn des Vorhabens)
* Angaben im Finanzierungsplan
* Angaben zu Verlagerungsinvestitionen
* Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen
* Erklärung über De-minimis-Beihilfen
* Erklärung, dass die Zahlung nicht eingestellt wurde, das Unternehmen nicht überschuldet ist und über das Vermögen kein Insolvenz-, Vergleichs-, Konkurs- Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist

Subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind ferner alle Tatsachen, die für die Gewährung, Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind. Dies betrifft die Angaben, die der Bewilligungsbehörde bei der Durchführung des Vorhabens nach dem Zuwendungsbescheid nebst Anlagen mitzuteilen sind sowie die Tatsachen in den Mittelabrufen, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen. |

Unterschrift Antragsteller/in Ort, Datum